

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

2. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 11.10.2023

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
21	22.11.2022 (20. Wahlperiode)	V+G/VGB 71/2022	<p>Änderung des Entschädigungsortsgesetzes; hier §§ 6, 9, 14 und 16 EntschOG (Modifizierung Erwerbsausfallregelung, Höhe der Aufwandsentschädigung und Definition Rücklagen)</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>1. Eine Rundung der für die Gewährung von Erwerbsausfallzahlungen erfolgt pro Tag.</p> <p>2. Auch Hausfrauen und –männer haben einen noch festzulegenden Anspruch auf Erwerbsausfalleistungen.</p> <p>3. Die Regelung, wonach selbständig tätige Stadtverordnete und selbständig tätige ehrenamtliche Magistratsmitglieder, die zugleich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen keinen Anspruch auf Erwerbsausfall aus ihrer Selbständigkeit haben, wird angepasst.</p>	Rechtsamt	Erledigt	In StVV am 13.09.2023 beschlossen.

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

2. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 11.10.2023

			<p>Eine klarstellende Regelung bezüglich des begrenzt zu berücksichtigen Zeitraumes für Selbstständige wird mit aufgenommen.</p> <p>4. Den Begriff Rücklagen so zu definieren, dass der Konto- und Kassenbestand zum Ende eines Jahres gemeint ist. Diesbezüglich ist auch eine Anpassung der Ausführungsbestimmungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung der Fraktionen erforderlich.</p> <p>5. Es wird mit aufgenommen, dass die Aufwandsentschädigung jeweils zum 1. Juli eines jeden Jahres um den Prozentsatz angepasst wird, um den sich die Entschädigung der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) erhöht oder verringert.</p>			
1	01.08.2023	V+G/VGB 36/2023	<p>Ausschreibung der Stellen Stadträtin/Stadtrat für das Sozial-, Jugend- und Arbeitsdezernat und Stadträtin/Stadtrat für das Gesundheits- und Umwelt-/Klimadezernat</p>	Personalamt	Erledigt	

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

2. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 11.10.2023

			<p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung beschließt für die zum 1. Januar 2024 zu besetzenden Stellen der hauptamtlichen Magistratsmitglieder als Dezernentin/Dezernent für Soziales, Jugend und Arbeit sowie als Dezernentin/Dezernent für Gesundheit und Umwelt/Klima jeweils die Veröffentlichung einer Stellenausschreibung unter Verwendung der anliegenden Ausschreibungstexte und beauftragt den Magistrat mit der Durchführung des Ausschreibungsverfahrens.</p>			
2	31.08.2023	V+G/VGB 35/2023	<p>Änderung der Grundsätze für die Durchführung von Einwohnerfragestunden</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung beschließt die anliegenden „Grundsätze für die Durchführung von Einwohnerfragestunden gemäß § 43 GOStVV vom 31.08.2023“.</p>	Rechtsamt, Büro StVV	Erledigt	

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

2. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 11.10.2023

			Die Grundsätze für die Durchführung von Einwohnerfragestunden gemäß § 43 GOSTVV gelten ab dem 01.09.2023.			
--	--	--	---	--	--	--